

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt

Amftliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Clumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Hauptstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postfachkonto Dortmund Nr. 3693.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Ameisengröße: Im Verbreitungsbeir 80 μ g. Familienange-
ßen 10 μ g. Stängellänge 60 μ g, außerh. 1. μ g. Für 1 mm Höhe
und 33 mm Spaltenbreite; im Kleinstell. 7 mm Spaltenbreite,
für 1 mm Höhe. — **W.** Für die Aufnahme von Ameisen an vorge-
ordneten Tagen und Wäsen wird seine Gewähr übernommen.
Belagungsgebühr nach Uebereinkunft. — Bei umfangreicher Ver-
breitung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Por-
tumenten wird der bestmögliche Rabatt bewilligt. — Annahme-
satz von Ameisen abends 7 Uhr. Für größere nachmittags 4 Uhr.

Das Eisenbahnprojekt der Industrie.

Am Reichsverkehrsmittelratum trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Rumbier der Eisenbahnorganisationsausschuß zusammen, um zu der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie Stellung zu nehmen.

Als erster Berichterstatter wandte sich Ministerpräsident Leclercq gegen die in der Denkschrift geübte Kritik an der Organisation und der Leitung der Reichsbahnen. Der mit Recht beanstandete Mangel der Automotivleistungen könne der Verwaltung nicht zum Vorwurf gemacht werden, da für die Tatsache, daß die Zugleistung nicht in dem richtigen Verhältnis zu den Lichtlokomotivern stehe, andere, als verwaltungsrechtliche Ursachen habe. Der um 8-10 Prozent höhere Kohlenverbrauch sei einmal auf die schweren Automotiven, dann aber auf die schlechtere Qualität des Heizmaterials zurückzuführen. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Denkschrift absichtlich viel ungünstige Zahlen ohne genaue Nachprüfung der wahren Sachlage aufgenommen habe. Die Denkschrift stelle fest, daß die Eisenbahn ein überflüssiges Personal in Stärke von 300 000 Köpfen habe. Nach seinen, des Redners, Berechnungen betrage die Zahl der überflüssigen Arbeitskräfte nur rund 70 000 Personen. Der Vorwurf, daß die Eisenbahn abgewirtschaftet sei, könne nicht gelten, vielmehr habe die Bahn seit der Verreichlichung bewiesen, daß sie genügt innerer Kraft bestehe, um sich selbst zu erhalten. Es sei nicht gerechtfertigt, der Eisenbahn den Vorwurf zu machen, daß sie im Güterverkehr hemmend wirke. Auf jede Achse komme heute gegenüber den Vorkriegsjahren ein längerer Schienenweg und eine größere Belastung. Wohl sei es richtig, daß die bisherige Tarifpolitik der Eisenbahn sich nicht der Geldentwertung angepaßt habe, aber gerade die Krise, die heute nach der Anpassung der Tarife riesen, seien die lautesten Rufen im Streit gewesen, als die Eisenbahnverwaltung die Heraussetzung der Frachtpreise verlangte.

Der zweite Referent, Landtagsabgeordneter Nieder, wandte sich gegen den zweiten Teil der Denkschrift, die die Umwandlung des Betriebes betrifft. Meint die Tatsache, daß im Frieden die Eisenbahn gute Gewinne abgeworfen habe, beweise, daß der Staatsbetrieb durchaus nicht so faul sei, wie man ihn heute hinschleudern versuche. Auch die Umwandlung des Staatsbetriebes in eine Privatgesellschaft werde dem Betrieb, der eine Willkür bedenkliche Umfänge, nicht zu entziffern, wie der Reichsverband es sich vorstelle. Im übrigen würde das Projekt des Reichsverbandes wieder den Ländereparatularismus in die Reichsbahn hineintragen.

Gewerkschaftsleiter R. H. Es sei wohl richtig, daß die Eisenbahn einen Ueberfluß an Personal habe, doch handele es sich um nicht qualifizierte Angestellte über Beamte, deren Zahl leider nicht rechtzeitig von der Verwaltung abgebaut worden sei, und die nun aus ihrer bisherigen Tätigkeit ein Gewohnheitsrecht machen wollten. Leider seien die Verhältnisse heute so, daß die qualifizierten Arbeiter heute den Eisenbahnbetrieb fluchtartig verlassen. Die Tarifverhandlungen können das Defizit nicht decken, über man müßte, um die Material- und Lohnsteigerungen aufzufangen zu können, eine genügend große Erhöhung im voraus vornehmen. Nur eine Verminderung der Betriebskosten könne der Eisenbahn Hilfe bringen. Er, der Redner, halte es durchaus für möglich, daß in einer privaten Eisenbahngesellschaft alle Faktoren reibungslos miteinander arbeiten könnten.

Ministerialsekretär Dr. Moser verteidigte die Lohnpolitik der Verwaltung. Ein Eisenbahnarbeiter habe heute das 34fache seines friedenzeitlichen Lohns, ein Handwerker etwa das 20fache. Die Verwaltung sei besetzt, die qualifizierten Arbeiter entsprechend ihren Leistungen zu bezahlen, könne dabei aber auf den Widerstand der Gewerkschaften, die immer Angst um die Beschäftigung hätten, keine Spannung zwischen den verschiedenen Schichten eintreten zu lassen. Ebenso lägen die Dinge bei der Beamtenschaft, wo man zu hart zu übertreiben bestrebt sei. Auch Gewerkschaftssekretär Hoff wandte sich gegen die Abwertung der Gefährten und Röhne. Der ungelernte Arbeiter müsse entsprechend bezahlt werden, aber man müsse auch in Zukunft die qualifizierten Arbeiter höher bewerten, als es bisher geschehen. Darauf wurde die Debatte geschlossen. Die Verhandlungen sollen in kurzer Zeit fortgesetzt werden.

Die Erweiterung der Zwangsanleihe.

Auf Grund erweiterter Informationen des Reichsfinanzministeriums haben einige Berliner Blätter die Meldung der Telegraphen-Union über die regierungsseitig geplante Umgliederung der Zwangsanleihe dementiert.

Dieses Dementi bestätigt aber und ergänzt zugleich die Informationen der EL, wonach für den Anleihebetrag nunmehr als untere Grenze der Staffell 100 000 Mark und als obere Grenze 1 Millon Mark vorgeschlagen wird, mit der Einschränkung gewisser, die Rentner-schöner Bestimmungen entgegen dem ursprünglichen Vorschlag der Regierung von 250 000 M. niedriger und 20 Millionen Mark höchster Staffell der Anleiheverpflichtung.

Wie die Telegraphen-Agenten hierzu von un-
 tergrichteter Seite weiter erfährt, ist als Begründung
 dieses Vorstoßes das deutsche Volksvermögen auf
 100 Milliarden Goldmark geschätzt worden, wobei
 man das Verhältnis Goldmark zur Papiermark
 1:10 zu Grunde legte und damit einen Ertrags-
 wert der Anleihe von 70 Milliarden sich errechnet

Die Ausdauer der deutschen Delegation in Genua.

(Von unserem Genua-Korrespondenten.)

Nach George's schwere Niederlage läßt sich nicht mehr vertuschen. Nachdem seine der vielen Erwartungen, die auf die Konferenz von Genäva gesetzt und von Lloyd George oft genug als herausgefordert worden waren, sich erfüllt hat, scheint nunmehr auch die im Gang als „Cräsis-Genäva“ gebachte Zusammenkunft wenig nicht zu scheitern, so doch gänzlich bedeutungslos zu werden. Die Weigerung Amerikas ist dem englischen Ministerpräsidenten schon längst innewartert genommen, so unerwartet, daß man in seiner Umgebung sich vergeblich fragt, warum er denn nicht erst einmal unter der Hand und trübselig sich mit Amerika verständigt habe. Die Vermittlerrolle, die Herr Botnacre nun zu spielen versucht, ist so höhnisch, daß man sich gar nicht zu wundern braucht, wenn Lloyd George noch im letzten Augenblick erprobirt. Nur ihn, wie für andere ist der Aufenthalt in Genäva allemal schon unerquicklich geworden.

Unverständlich ist es deshalb, warum sich Reichskanzler Dr. Bismarck und Reichsaussenminister Dr. Nathanael so als die unentwegt Ausdauernden bewähren. Die jastlichen Arbeiten sind, soweit sie überhaupt aufgenommen wurden, beendet; der letzte Reichstag, der der Wirtschaftskommission, ist veröffentlicht, nur unter die russischen Streitereien ist noch kein Schlupfunkt gesetzt. Aber an diesen Verhandlungen hat Preussland keinen Teil mehr, und da sich außerdem für die letzte Sitzung der Unterkommision wegen der ausgeschlossenen Deutschen ärgerliche Etikettefragen ergeben, weiß man wirklich nicht, was die deutsche Delegation noch in Genoa händ. Den unterlegenen Lloyd George durch kündige Anwesenheit an halbe Versprechungen erinnern, dürfte weder politisch klug noch befürwortet geschmackvoll sein, zumal die alten Tantzen in Paris sofort aus der Tatsache des verlängerten Aufenthalts auf neue deutsche Intriguen schließen werden.

Das endgültige Programm für den Haag.

Die am Montag der russischen Delegation von den Affirmirten übermittelten Vorschläge lauten nach der in der Sitzung der politischen Kommission endgültig angenommenen Fassung folgendermaßen:

1. Italien, England, Japan, Polen, Rumänien, Rußland, Schweden und die Schweiz beschließen, daß eine Kommission ernannt wird, um nochmals die Differenzen zu prüfen, die zwischen der russischen Sowjetregierung und den anderen Regierungen bestehen, und mit einer russischen Kommission, die dasselbe Mandat hat, zusammen zu treffen.

2. Am 20. Juni werden die Namen der in der
nicht russischen Kommission vertretenen Mächte und
die Namen der Mitglieder dieser Kommission der
Sowjetregierung und umgekehrt die Namen der
Mitglieder der russischen Kommission den anderen
Regierungen mitgeteilt werden.

hat. In Kreisen, die den Rechtsparteien naheste-
hen, wird die Anschauung vertreten, daß der neue
Regierungsvorschlag über die Zwangsanleihe ansteh-
end ein Eingehen auf die seinerzeit von der
Reparationskommission geforderten und von der
Regierung abgelehnten 60 Milliarden Mar-
ner neuer Steuerbelastung bedeutet. Eine, wenn auch
verfehlerte Erweiterung der Zwangsanleihe würd-
nach Ansicht der rechtsparteilichen Kreise einen
Bruch der Verpflichtungen bedeuten, die die
seinerzeit vom Reichsfinanzler Dr. Wirth beim
Handelnehmen des Steuerkompromisses bezüglich der
Zwangsanleihe ausdrücklich abgegeben wurde.

Wie die Telegraphen-Union von finanztechnischer Seite weiter erklärt, würde die Spannungslosigkeit aber in dem von der Regierung neuerdings geplanten Umlange fastisch etwa 140 Milliarden Mark ergeben, da das Verhältnis 1:10 von Goldmark zu Papiermark im vorigen Sommer zutreffend war, jetzt aber durch den Umwertungsstand der Mark das deutsche Volksvermögen mit 2000 Milliarden Mark 1:20 gerechnet werden. Bei der augenblicklichen ungenüßlichen Kapitalknappheit und dem großen Kapitalbedürfnis der Industrie und Landwirtschaft wird von finanztechnischer Seite bereits die Möglichkeit angewiesen, jetzt 70 Milliarden Mark flüssig machen zu können. Die zwangsweise Erfassung von 140 Milliarden Mark müßte aber nach Ansicht der finanztechnischen Geldsachverständigen katastrophale Wirkungen für die deutsche Wirtschaft haben.

Die Oberschleffen-Kommission vor dem Genfer Völkerbund.

Aus G n f wird berichtet: Der Völkerbund
beschäftigte sich mit der oberhiesigen Frage. Der
Präsident der gemischten Kommission über Ober-
schlesien, die ihren Sitz in Katowitz haben wird,
und des Professors Kalenbock zum Präsidenten
des deutsch-polnischen Schiedsgerichts, das in Wei-
den seinen Sitz haben wird. Kalender übergab
hat ein Exemplar des am Mittwoch unterzeich-
neten deutsch-polnischen Vertrages und erklärte

Genua.

Die Herabsetzung der Deutschen Reparationsschulden.

Von unserem Berliner Vertreter

Man hat das Weberherstellungsproblem nicht vollständig lösen können. So oft man auch den Versuch anstellte, es zu verschleiern und so die Reparationsverpflichtungen Deutschlands als unantastbar hinzustellen, immer wieder brach sich die Wahrheit Bahn, daß Unmögliches nicht möglich gemacht werden könne. Nachdem jetzt die Konferenz von Genua in ein Nichts ausging, und man sich von der nächsten Zusammenkunft im Haag als einer rein „technischen Konferenz“ nicht viel verspricht, wendet sich das Interesse anderen Dingen zu, und aller Augen richten sich auf die Zusammenkunft des Unterausschusses der Weberherstellungskommission, die am 21. Mai in Paris stattfindend soll.

Es mag dahingestellt bleiben, ob es richtig ist, der Ankunft Morgans in Paris alszu große Bedeutung beizumessen. Zu oft hat man schon von amerikanischer Seite erklärt, daß ihnen nicht viel daran gelegen wäre, ja, daß man es von der Nüchternheitsseite sogar ausdrücklich nicht wünsche, öffentlich bei den europäischen Verhandlungen zugegen zu sein. Daß man einen Beobachter entsendet, der versteht hier und da eine kritische Bemerkung macht, um übrigen aber sich auf bloßen Zuseher und Referenten in der Heimat beschränkt, will doch nicht alszu viel bedeuten. Viel ist bereits über die angeblichen Vorschläge Morgans gesagt worden. Soll er doch die Erklärung abgeben, daß eine finanzielle Hilfe Amerikas, oder ein Verzicht der Vereinigten Staaten auf die Zurückzahlung der französischen und belgischen Kriegsschulden davon abhängig gemacht werde, daß die beiden Schuldnerstaaten sich in Zukunft jeder militärischen Aktion gegenüber Deutschland enthalten.

Es ist schwer, einer Nachricht gegenüber Stellung zu nehmen, deren Befestigung noch nicht vorliegt, und es ist ein sehr großes Unterfangen sie als Basis von Zukunftsdekulationen anzunehmen. Man muß sich darauf beschranken, die Bedingungen, wie sie Morgan stellen soll, im Bereiche der Möglichkeit liegen, dies aber nur dann falls man besugt sein könnte, anzunehmen, die Vernunft, die klare Erkenntnis unumstößlicher Thatfachen hätte jenseits des Atlantischen Oceans schon genügend Fortschritte gemacht, um zu erkennen, wo das Liebes Kern steht. Daß es die ewige Unschärfe ist, die ein gedeihliches Arbeiten in Deutschland zur Unmöglichkeit macht, daß es ausgeschloffen werden kann, Kleinstleistungen unter ewigem Gebelgerassel der Feinde zu vollführen, das liegt nur allzu klar auf der Hand. Wir haben uns aber in Deutschland das Mundern über die Mentalität im Lager unserer früheren Feinde schon längst abgewöhnt und müssen daher mit allen Möglichkeiten rechnen.

Etwas anderes steht es mit einer Neuherung eines bekannten Bankiers der Londoner City, der einem Berichterstatter eines englischen Blattes in Zusammenhang mit dem Heische Morlans in Europa mittheilt, daß es sich vor allem darum handle, eine Vereinbarung zwischen den Mitteren zu

Schlichterin mit Haag einverstanden.

Schlichterin stimmte zu, daß die Konferenz im Haag stattfinden, nachdem der holländische Vertreter die Zusage gegeben hatte, daß die niederländische Regierung den Komplexvertreten alle Rechte und Forderungen gewähren würde wie den anderen Mächten. Vor der Sitzung hatte Kanzler Jaspar Mitteilungen über den Verlauf der Vortragsung gegeben, an der Frankreich und Belgien nicht vertreten waren.

Die Rückkehr aus Genua.

Nachstanzler Dr. Bisttz und Außenminister Dr. Rathenau werden mit dem fest noch in Genua verbleibenden Teil der deutschen Abordnung am kommenden Dienstag wieder in Berlin eintreffen. Unmittelbar an ihre Rückkehr soll sich eine Kabinetsberatung anschließen, der eine Weidrechnung des Reichstanzlers und des Außenministers mit den Konstitutionsfragen folgen soll. Am Mittwoch oder Donnerstag findet dann eine Sitzung des Ausschusses statt. Der Ausschuss des Reichstages hat, in der über die Verhandlungen in Genua Bericht erstattet wird. An die Darlegungen des Kanzlers und des Außenministers wird sich eine ausführliche Aussprache anschließen. Damit wird voraussichtlich die Genua-Konferenz parlamentarisch zunächst erledigt sein, da im Plenum des Reichstages eine Aussprache über die Konferenz von der Regierung nicht vorgesehen ist.

berett, für ein Jahr lang den Posten des Präsidenten der gemischten Kommission für Oberflächengewässer zu übernehmen im Vertrauen darauf, daß er sein schweres Amt zum Wohle der Bevölkerung ausführen werde. Der Präsident des Rates, ferner der englische und der französische Delegierte dankten dem Caloner für seine Tätigkeit während der Verhandlungen der deutsch-polnischen Kommission.

**Dorten aus der rheinischen Volkspartei
ausgeschlossen.**

Die Telegraphen-Union erfährt aus Mainz von besonderer Seite, daß Hr. Dörten und Dr. Liebig unfürheblicher Geschäfts wegen, durch die Pfälzer und Münchener-Gladbacher Geschäfte geschädigt worden sind, aus der Rheinischen Volkspartei ausgeschlossen wurden. Gegen beide soll wegen Betruges Anzeige erstattet werden.

Ein französischer Zwischenfall in Tanger.

Der „Temps“ meldet aus Tanger folgenden

Zwischenfall:

Das Auto des französischen Gefandten überfuhr ein tauchmündes Kind. Der Kraftwagenführer, der das Kind sofort in ein Spital überführen wollte, wurde von den umstehenden Soldaten umringt und am Weiterfahren verhindert. Der französische Gefandte ließ, der sich an die Anweisung des Befehlshabers hielt, sich an einen Militärposten zu folgen, obwohl der Gefandte sich zu erkennen gab, daß der französische Gefandte richtete daraufhin einen energischen Protest an den Vertreter des Sultans, der von dem spanischen Instruktionsoffizier Unterstützung verlangte. Der spanische Offizier statete nach einigen Tagen dem französischen Gefandten einen Entschuldigungsbesuch ab und versprach eine strenge Verhaftung der Schuldigen. Der Zwischenfall stand damit seine Erledigung. Hingegen folgte in Tanger eine heftige Erregung hervorgerufen haben.

abgebrannt. Das Feuer soll durch Kurzschluss entstanden sein. Der Schaden ist sehr beträchtlich, da das Unternehmen bis auf die Vorräte und den Rest der Maschinen geblieben ist.

Stuttgart, 18. Mai. Die kommunistische „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Braun, 18. Mai. Die tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinsung und der deutsche Gewerkschaftsverband Reichsbund fordern zu einem 24 stündigen Generalstreik für den 19. Mai als Zeichen der Solidarität mit den streikenden Metallarbeitern.

Neapel, 18. Mai. Der Ausbruch des Vesuvius nimmt ständig zu. Aus der ganzen Umgebung flüchten Menschen herbei, um das große Naturkatastrophen zu betrachten. Die letzte Nacht brachte einen besonders heftigen Ausbruch. Der Himmel war durch Feuerberge erhellt und das unheimliche Rollen, das an Heftigkeit dauernd zunimmt, war ständig zu hören. Von drei Regelmäßigkeiten der Ausbrüche. Es werden ständig Steine ausgeworfen. Das Niveau der Lava hat sich auf 33 Meter gehoben.

TU, Maribon, 18. Mai. Wie die Ruhr Preß berichtet, ist von bisher unerkannt gebliebenen Leibesbräuten nämlich die den Orthodoxy gehörige Kathedrale in die Luft gesprengt worden. Durch die Explosion der Mine ist das Gebäude der Kathedrale derart beschädigt worden, daß die Grundmauern jeden Augenblick einzustürzen drohen.

TU, Paris, 18. Mai. Der frühere französische Abgeordnete Paul Meunier, gegen den ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die Neutralität eingeleitet worden war, das aber niedergeschlagen wurde, ist nach Operation an den Folgen einer Bauchfellentzündung gestorben.

Soziales Leben.

Sitzungen der Reichsfachgruppen Bergbau und Knappschaft

Die Vorkände der Reichsfachgruppen Bergbau und Knappschaft im Gewerkschaftsbund der Angehörigen hielten am 13. und 14. Mai d. J. in ihrer Verbandshaus zu Berlin eine zum Teil gemeinsame Sitzung ab. Man nahm Stellung zum Entwurf des Arbeitergesetzes für den Bergbau. Dieser wurde einstimmig in seiner Fassung angenommen, weil hier auf Anwesenheit berufen werden soll, das die Interessen der Bergbauarbeiter zu wahren. Man einigte sich auf die Angelegenheiten der Angehörigen der Bergbauarbeiter von 10-11 Stunden pro Schicht kommen. Es wurde beschlossen, die mit der Ausführung der Bergbauarbeiten verbundenen Schwierigkeiten im Streit auf der Basis der Verhandlungen zu beseitigen. A. M. Der Bundesvorstand wird beauftragt, entsprechende Schritte zur weiteren Vertiefung zu unternehmen. Bei künftigen zentralen Verhandlungen wird verlangt, daß für die Angehörigen der Bergbauarbeiter in eigener Verhandlung mit Regierung und Bergbauunternehmen festgelegt werden. Die Auswertung für die einzelnen Vereine und Bergbauarbeiter hat dann gleichfalls beizufolgen zu erfolgen. Die künftigen Arbeiten und Vorschläge des B. D. M. zum Reichsberufsgesetzgebungswort wurden diskutiert und dem Reichsbund im Reichsbundrat noch besondere Forderungen übergeben. Die Reichsfachgruppe Bergbau beschloß einstimmig, die Forderungen der Reichsfachgruppe Knappschaft in ihrem Kampf gegen die Übernahme der einzelnen Reichsbundvereine und für die Erhaltung der bisher erworbenen Rechte ganz energisch zu unterstützen. Mit Entschiedenheit nahmen die Vorkände der Reichsfachgruppen davon Kenntnis, daß weder die Regierung, noch der Allgemeine deutsche Knappschaftsverband auf Ausforderung etwas getan habe, um die Angehörigen der Oberflächlichen Knappschaftsvereine, die nicht von Polen übernommen werden, im Reich zu unterstützen. Es handelt sich hier um 40 Knappschaftsgemeinschaften, zumeist im jüngeren Alter, die sich um das Deutschtum verdient gemacht haben und in den nächsten Tagen feierlich und würdevoll werden. Der Bundesvorstand wird beauftragt, noch einmal an die Regierung und an den Allgemeinen Knappschaftsverband, zwecks Unterstützung der Angehörigen, heranzutreten. Der Reichsfachgruppenrat für die Bergbauarbeiter wird im Oktober d. J. in Halle tagen.

Zum Arbeitstempel im Versicherungs-Gewerbe

haben die Vertreter der örtlichen Versicherungsfachgruppen im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verband in einer vor einigen Tagen in Berlin stattgefundenen Reichstagesung Stellung genommen. Die Arbeitgeber im Versicherungsgewerbe haben es abgelehnt, ihren Angestellten zum Ausgleich der anstehenden Forderungen auch die zuletzt im Dezember d. J. vereinbarten Gehaltssteigerungen beizufolgen zu lassen. Sie beharrten auch auf diesem Standpunkt, nachdem ein Sachverständigenauschuss beim Reichsarbeitsministerium eine 40 prozentige Erhöhung der Gehälter festsetzte. Die Lage im Versicherungsgewerbe sei so, daß eine 40 prozentige Erhöhung nicht zu tragen wäre. Die Angehörigenorganisationen lehnten daraufhin im April örtliche Aktionen ein, nachdem der Arbeitgeberverband von sich aus ohne Rücksicht auf den Schiedspruch eine willkürliche Erhöhung der Löhne, die vornehmlich die Schiedsgerichtsentscheidungen auf der Grundlage der Versicherungsgesetze erlassen, das Verlangen der Angehörigen auf örtliche Regelung an. Sie fällen Schiedspräsidenten und setzen neue Gehälter fest. Die Schiedspräsidenten sind von den Arbeitgeber nicht anerkannt worden. Sie nahmen wiederum für April und Mai von sich aus eine einheitliche Gehaltsaufwertung vor, die als unannehmbar angesehen werden muß. Die örtlichen Komitees haben inzwischen in Hamburg und auch an anderen Versicherungslagen zum Streik geführt. In Hamburg allein haben über 200 Versicherungsgesellschaften im Ausstand. In einer auf der obengenannten Reichstagesung gehaltenen Entscheidung wird erneut festgestellt, daß die Bezahlung der Reichsversicherungsfachgruppen trotz der anerkannten Wertsteigerungen und wohlwollenden gewerkschaftlichen Maßnahmen ihrer Organisation noch völlig unzureichend ist. Eine Milderung dieser unannehmlichen Lage kann nur durch Befreiung des Reichsversicherungsfachgruppen und insoweit durch örtliche Aktionen erreicht werden. Notwendig ist, daß die Versicherungsfachgruppen sich von dem überlebenden Sachverständigenkomitee lösen und teilweise die wichtigsten Interessenvertretung einer großen und leistungsfähigen Gewerkschaft anerkennen, wie sie für die männlichen kaufmännischen deutschen Angehörigen der D. S. B. ist. Das allein die Berufsgewerkschaft in der Lage ist, die berechtigten Forderungen der Versicherungsfachgruppen zu vertreten, beweist der Streik in Hamburg. Der D. S. B. ist entschlossen, seine in diesen Kampf verwickelten Mitglieder solange auszustimmen zu unterstützen, bis die

Arbeitgeber den Forderungen der Stunde Rechnung tragen. Auch in der Rheinprovinz und in Westfalen sind die Versicherungsfachgruppen einzelner Betriebe zum Streik übergegangen. Sie werden diesen Kampf entschlossen durchzuführen.

Der neue Schiedsgericht im Straßenbahngewerbe.

H. Auf Veranlassung des Reichs- und Staatskommissars waren die am Gewerkschaftsverband für Straßenbahnen (Gruppen Dortmund, Essen, Elberfeld) beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter zu einer Verhandlung über die neuen Forderungen der Straßenbahnen des Industriegebietes am 15. Mai nach Dortmund geladen. Die Arbeitnehmer bekräftigten ihre Forderungen höherer Löhne mit der fortgeschrittenen Forderung und wiesen besonders auf die Lohnerhöhungen in allen anderen Industrien hin. Die Arbeitgeber erwiderten,

für die eingetretene Verteuerung des Rohmaterials zu haben, doch könnten die Arbeiter eine Lohnerhöhung nicht ertragen, da die Löhne in letzter Zeit bereits erfolgreich gehoben seien. Mehrere Verhandlungen sind durch die Ausnutzung des Wirtschaftstages, durch Ausnutzung der Kassen aus der eigentlichen Dienstzeit und durch Verzögerung des Vorbereitungs- und Abschlusses des Schiedsgerichtes, möglich. Da eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen war, war unter Zustimmung der Parteien ein Schlichtungsausschuss gebildet, der nach künftiger Beratung einen Schiedspruch verleiht.

In diesem werden die Vorschläge ab 16. Mai und ab 1. Juni erhöht. Die Spanne zwischen den beiden Vorschlägen wird von 40 auf 90 Pfg. erhöht, die zwischen den beiden Vorschlägen von 80 auf 140 Pfg. erhöht. Begünstigt der Arbeitszeit wird den Parteien

empfohlen, zu prüfen, in welchem Umfang die Düsseldorf Regelung, auf die die Arbeiter großen Nachdruck legen, eingeführt werden kann. Nach dem Schiedsgericht für Düsseldorf werden Kassen an den Endstationen bis zu 5 Minuten zum Dienst gerechnet. Nach einer späteren Einigung werden diese Kassen unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Schiedsgerichts für alle Dienste im Durchschnitt ermittelt. Soweit der ermittelte Durchschnitt für den Einzeldienst 25 Minuten überschreitet, wird die 25 Minuten überschreitende Zeitdauer als Dienst gerechnet.

Der gefälligte Gruppenrat soll mit vorstehenden Änderungen ab 16. Mai wieder in Kraft gesetzt und kann erstmals am 1. Juni zum 15. Juni gefällig werden. Die Parteien haben sich binnen 8 Tagen über die Annahme zu erklären. In der gleichen Zeit kann auch der Antrag auf Verbindlichkeit erklärt werden.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Die Unterzeichnung des Kirchenbundes-Vertrages.

w. Berlin, 18. Mai. Am Himmelfahrtstage, 12 Uhr mittags, findet in der Schlosskirche zu Wittenberg eine feierliche Unterzeichnung des Kirchenbundesvertrages statt. Zur Feier des kirchengeschichtlichen Aktes wird zu dieser Stunde in sämtlichen evangelischen Gemeinden Deutschlands von den Pfarrkirchen Glorien gesungen.

Beschlüsse des preussischen Staatsrats.

w. Berlin, 18. Mai. Der preussische Staatsrat nahm einen gemeinsamen Antrag der beiden Rechtsparteien, des Zentrums und der Demokraten an, im Staatsministerium und im Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Gesetz vom 15. Dez. 1920 über

Einführung einer Altersgrenze einzuweisen außer Kraft zu setzen

ist, gemäß einem Auswahlantrag, wonach die Ausfuhrsteuerung bis zur einheitlichen Regelung der Materie durch das Reich, jedoch längstens auf die Dauer von zwei Jahren, erfolgen soll. Ferner wurde die

Ausführung des Reichsmietengesetzes

mit einigen vom Ausschuss vorgesehenen Änderungen angenommen; ebenso der Antrag der Reichsbundgemeinschaft, den Gemeinden infolge ihrer finanziellen Lage die ihnen aus der

Eine Anfrage über den Fehdenbach-Prozess.

TU, Berlin, 18. Mai. Die Arbeitgemeinschaft des preussischen Staatsrats hat folgende Anfrage an die Staatsregierung gerichtet: Durch das Ergebnis des in Wittenberg verhandelten Fehdenbach-Prozesses ist gerichtlich festgestellt worden, daß der von dem bayerischen Ministerpräsidenten Elser seiner Zeit veröffentlichte Bericht der bayerischen Staatsregierung in Berlin, aus dem die Schuld der deutschen Regierung an dem Ausbruch des Weltkrieges hergeleitet wurde, eine grobe Fälschung war. Wir ersuchen die Staatsregierung um Auskunft, ob sie ihren Einfluß auf die Reichsregierung dahin geltend machen wird, daß durch den Herrn Reichsfinanzminister die geistliche Fälschung öffentlich bekannt gemacht und das Ergebnis des Prozesses bei den Verhandlungen mit den Entente-Mächten auch verwertet werden.

Reichspräsidenten- und Ministerbesuch an der Wasserfront.

bb. Berlin, 18. Mai. Vor und nach dem Stapellauf des im Auftrag der Reichsregierung im Emsen erbauten Handelsdampfers „Carl Legien“ in Wilhelmshaven befragten die Reichspräsidenten, der Reichswehrminister, der Chef der Marineabteilung, der preussische Ministerpräsident Braun, Minister Seeverg, Oberpräsident Meißner, die Reichsminister Reichswehr, dem Kaiser und die Kaiserin Wilhelmshafen und Mäntgen. Sie werden sich ferner auf das letzte nach Reparatur in Dienst gestellte erste Minenschilder des deutschen Nordseefischereis, „Braunschweig“, begeben, worauf eine kurze Fahrt in See stattfinden soll.

Zur Kabinettsfrage in Braunschweig

w. Braunschweig, 18. Mai. Der mehrheitsfähige Reichsbund teilt zur Frage der Regierungsbildung einem Briefwechsel der Landtagsfraktion der SPD mit der demokratischen Fraktion und der Unabhängigen Fraktion mit, aus dem hervorgeht, daß die Demokraten die sogenannte kleine Koalition (Unabhängige, Mehrheitsfraktion, Demokraten) wegen der Haltung der Unabhängigen in der Frage der Regierungsbildung ablehnen. Sie erklären, daß sie sich nur an der sogenannten großen Koalition der Reichsbundfraktionen, der Demokraten und der Rechten beteiligen werden und schlagen vor, die darüber beginnenden Verhandlungen in Kürze fortzuführen. Die Unabhängigen erklären, daß sie sich nach wie vor nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht kommen. Der Reichsbund schließt hierzu, die Situation sei nun geklärt. Es würden wahrscheinlich keine neuen Wahlverfahren erforderlich sein, sondern es würde zur Bildung der sogenannten großen Koalition kommen.

Das Urteil im Petersdorfer Prozess.

TU, Lippstadt, 18. Mai. Um 4 Uhr nachmittags verurteilte der Vorsitzende des außerordentlichen Gerichts der internationalen Kommission in dem Prozess gegen die an den Petersdorfer Zwischenfällen das Urteil. Rektor Urban wurde freigesprochen. Es erhielten u. a. Kaufmann Fritz Köhner 8 Jahre Zuchthaus, Kaufmann Alois Böhm 10 Jahre Zuchthaus, Kaufmann Josef Püttlich 10 Jahre Zuchthaus, Fleischermesser Saged lebenslanglich Zuchthaus. Kraftwagenführer Konrad Maier 5

Der bayerische Landwirtschaftsminister über schlechte Ernteausichten.

TU, München, 18. Mai. Der bayerische Landwirtschaftsminister Wucherhoffer teilte im Landtag mit, daß der Stand des Getreides ihm große Sorge mache. Wenn die Witterung sich nicht bessere, werde die Ernte böse werden. Dann werde eine Umlage in Höhe von 2 1/2 Millionen Tonnen überhaupt nicht möglich sein. Das beste wäre, wenn man Zwangsmittel ausschalten könnte und wenn man mit den Spitzenorganisationen der Landwirtschaft zu einer freiwilligen Lieferung von 2 Millionen Tonnen kommen werde.

Fragen über Frankreichs Einmarschpläne vor dem Unterhause

w. London, 18. Mai. Reenworthy fragte im Unterhause, ob die englische Regierung von der französischen Regierung die Zusicherung erhalten habe, daß sie an einer Konferenz über die Frage der deutschen Reparationen teilnehmen werde, bevor sie eine militärische Aktion gegen deutsche Gebiete unternähme. Chamberlain erwiderte, es seien keine neuen Zusicherungen gegeben worden, auch keine erfolgt, weil keine gegeben worden seien. Sollte der Wiederherstellungsausschuss dahin berichten, daß Deutschland im Bezug sei, werde es für die alliierten Regierungen notwendig werden, zusammen zu beraten, welches Vorgehen einzuschlagen sei. Darauf fragte Reenworthy: Bedeutet das, daß wir schon dahin gehende Zusicherungen erhalten und daß die deutsche Regierung davon Kenntnis, daß die gegenwärtige Politik dahin ginge, am 31. Mai zu marschieren, wenn kein Abkommen erreicht werde. Chamberlain antwortete, er habe keine Kenntnis davon, daß die Angabe am ersten Teil der Frage korrekt sei und könne sich auch nicht denken, daß dem so sei. Er habe von der französischen Regierung die Zusicherung, daß sie in Zukunft die in Ausführung des Versailler Vertrages aufgeworfenen Fragen nicht zu behandeln beabsichtige, ohne Uebereinstimmung mit den alliierten Regierungen.

Vor der Kabinettskiste in Österreich.

TU, Wien, 19. Mai. Die Krise des Kabinetts Schöber steht unmittelbar vor ihrem Ausbruch. Der Finanzminister hat den von der Regierung geforderten Kredit von 120 Millionen nicht bewilligt, da die Großbank dem Kanzler unter keinen Umständen mehr bewilligen wollen, als er für Fortführung der Regierungsgeschäfte für acht Tage notwendig hat. Die Sozialdemokraten stimmten ebenfalls gegen den Kredit, weil sie in Opposition mit der Regierung stehen. Es wurde nur ein Betrag von 41,6 Millionen bewilligt; das ist genau so viel, wie die Regierung zur Beilegung der Bezüge der Bundesangestellten braucht. Als Nachfolger Schöbers nennt man den bayerischen Landeshaupmann Dr. Gander.

Die letzte Kommissions-Sitzung in Genoa.

w. Genoa, 18. Mai. Die erste Kommission trat heute vormittag im Palazzo Reale unter dem Vorsitz Facas zu einer Vollversammlung zusammen, um die letzten der Unterkommission in der russischen Frage gefällten Beschlüsse zu erledigen. Es kam nur zu einer kurzen Diskussion. Der holländische Vertreter erneuerte die Forderung, daß die niederländische Regierung sämtlichen Mitgliedern der beiden Kommissionen im Haag alle Entscheidungen und die gleichen Rechte gewähren werde. De Facas und Alois George sprachen dafür ihren warmen Dank aus. Der italienische Vertreter machte im Zusammenhang mit dem Bürgerkriegsfall einen Vorbehalt bezüglich der Frage von Wilna. Schließlich wurden die gestern beschlossenen Maßnahmen und Vorschläge genehmigt. Die Sitzung hatte nur eine Stunde gedauert. Die Franzosen und die Belgier waren nicht anwesend.

Eine neue Einladung an Amerika.

D. Genoa, 19. Mai. Wie bekannt, beabsichtigen die Mächte, eine neue Einladung an die amerikanische Regierung zur Teilnahme an den Verhandlungen im Haag gegeben zu lassen. Die „Chicago Tribune“ schreibt, daß Amerika an seiner Beteiligung mit den Russen teilnehmen werde, bevor das vollkommene Scheitern in Ruß und nicht einer anderen Regierung Platz gemacht habe.

Neue Schiebereten in Japan.

w. Osaka, 18. Mai. Die Schiebereten begannen auf neue; dabei wurden drei Biblischen getötet und mehrere verwundet, auf Seiten der Polizei wurde ein Beamter schwer und einer leicht verletzt.

bb. Hamburg, 18. Mai. Eine aus über 1000 Personen bestehende deutsch-amerikanische Reliefgesellschaft unter der Angehörigen aller deutschen Volksschichten sich bildend, namentlich auch Mitglieder des amerikanischen plantent-

iden Volksvereins, ist heute vormittag auf dem Jagdboot „Gans“, von Hamburg kommend, nach guter schneller Lieberfahrt hier angekommen. Sie wurden sehr herzlich empfangen.

w. Berlin, 18. Mai. Der Reichsrat erklärte sich mit dem vom Reichstag angenommenen Entwurf über den Schutz des Urheberrechts von Angehörigen der Vereinten Staaten einverstanden.

w. Berlin, 18. Mai. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Gortmann über Bewilligung des Druckpapierpreises antwortete der Reichswirtschaftsminister, daß der Druckpapierpreis mit Vollkraft vom 1. Mai aus der Gütertariffklasse A in die Klasse B versetzt wurde. Ferner ist die Senkung eines Teiles des Ausfuhrpreises bei Zellulose- und Druckpapier und gleichartigen Papierarten zur Bewilligung des Druckpapierpreises angeordnet und wird, nachdem die Außenhandelsstelle für Papierfabrik die erforderlichen Einzelanordnungen getroffen hat, alsbald durchgeführt.

bb. Berlin, 18. Mai. In einem ersten Hotel unter den Linden wurde gestern Abend ein amerikanischer Bankier befohlen. Den Dingen sind Werte von mindestens 1 1/2 Millionen Mark in die Hände gefallen, darunter ein Anteil mit Brillanten und eine Hundertschuldnote.

bb. München, 18. Mai. Durch ausströmen des Gases wurde eine 60-jährige Arbeiterin, die Dienstmädchen und ein leibhaftiger Anwalt getötet; zwei weitere Personen waren betäubt.

TU, Lippstadt, 18. Mai. General von der Besatzung, der der bevorstehenden Übergabe Oberschlesiens eine Umkle für die Personen beider Nationalitäten zu erteilen, die nach dem letzten Aufstand zu einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren verurteilt wurden. Nicht inbegriffen sind in diese Umkle solche Personen, die sich eines Ungehorsams auf das Leben von Besatzungsmitgliedern schuldig gemacht haben.

w. London, 18. Mai. Im Westend Nord-Cursons ist eine leichte Verbesserung eingetreten. Berichts, wonach es Lord Curzon sehr schlecht gehen soll, entbehren der Begründung.

Großes Brandunglück in Rom.

Neben 30 Kranke in einem Hospital verbrannt. TU, Rom, 18. Mai. Heute Nacht um 2 Uhr in dem ältesten und bekanntesten Krankenhaus der Stadt, im Hospital zum heiligen Geist ein Brand ausgebrochen, der sehr großen Umfang angenommen hat. In dem historischen Gebäude war infolge von Unvorsichtigkeit ein Saufen Mehl in Brand geraten, der in kurzer Zeit den größten Teil eines Raumes des Gebäudes, in dem ungefähr 40 Kranke lagen, erfaßte. Ein Raum, in dem mehrere Kranke untergebracht waren, brach in einem unteren Stockwerk durch. Man hat aus den rauchenden Trümmern und dem Zell, der noch brennt, ungefähr 30 Verletzte befreit. Das Rettungswort wurde noch dadurch erschwert, daß das durch den Keller führende elektrische Kabel gleich bei Beginn des Brandes beschädigt wurde, so daß das Rettungswort im Dunkeln erfolgen mußte. Um 4 Uhr morgens wurde der Brand lokalisiert. Bis zur Stunde war es noch nicht festzustellen, wieviel Opfer der Katastrophe geordert hat. Die noch habenden Schwerverwunden soll vor Verwundung teilweise gemordet sein.

TU, Rom, 18. Mai. Neben dem Brand des Hospitals zum heiligen Geist ist noch zu berichten, daß bisher 33 Verletzte Leichen geborgen worden sind. Andere Leichen liegen noch unter den Trümmern. Die Zahl der Schwerverwunden geht in die Hunderte. Unter der Menge, die sich am Brandort eingefunden hatte, brach beim Anblick der zerstörten Leichen ein Panik aus. Der weit angelegte Brandkomplex brannte bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden beträgt viele Millionen Lire. Es ist eine Untersuchung über die Ursache des Brandes eingeleitet worden. Der König und der Papst spendeten für die Angehörigen der Verbrannten und für die Schwerverletzten je 15 000 Lire.

Amlicher Wetterbericht.

Über Norddeutschland ziehen wieder Tiefdruckausläufer in häufiger Folge. Da jedoch der Barometerstand über dem Mittelmeere hoch ist, bleibt es meist warm, auch sind bei westlicher Windrichtung und schwacher Gewitterneigung keine starken oder anhaltenden Regenfälle zu erwarten.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner, für Wirtschaft: Adolf Wittenberg, für Kultur: Kurt Hiller, für Sport: Fritz Götze, für Wissenschaft: Fritz Götze, für Kunst: Fritz Götze, für Literatur: Fritz Götze, für Musik: Fritz Götze, für Theater: Fritz Götze, für Film: Fritz Götze, für Kunst: Fritz Götze, für Literatur: Fritz Götze, für Musik: Fritz Götze, für Theater: Fritz Götze, für Film: Fritz Götze.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Brauns Stofffarben.

millionenfach bewährt! Braune färbt die alte Wäsche, Brauns färbt die neue. Es gibt nichts Gerader als Brauns. In allen einschlägigen Geschäften zu haben. 81317

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck anderer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)
Bochum, 19. Mai.

Die Ausstellung Der Friedensverträge.

Die gegenwärtig im Saale „Mömer“ Alleestraße, das Interesse weckende Ausstellung, hat den Zweck, die breitesten Schichten des Volkes über die Wirkungen des Verfallers Friedensvertrages für Westschlands Volk, Wirtschaft und Weltmachtstellung aufzuklären. Für diese Aufklärungsarbeit ist der einfachste und beste Weg gewählt worden: Eine 80 klare, übersichtliche Tabellen geben eine deutliche und eindringliche Sprache. Was Deutschland einmal war, bedeutete und leistete, und was es heute, auf Grund der Anwendung des Verfallers Friedensvertrages, bedeutet hat und was leisten soll, und was es in Zukunft aus einem blühenden Weltstaat geworden ist, das sagt jede Tabelle mit erschütternder Eindringlichkeit. Wollen wir unsere innere Geschlossenheit wiederfinden, wieder deutsch sein und aus diesem und jenen lernen, so sollten wir uns täglich die Tabellen vor Augen führen. Nur sie bringen uns zum Bewußtsein, daß wir keine anderen Mittel zur Verbesserung unserer nationalen Unabhängigkeit haben als eine Geschlossenheit, Vaterlands- und Deutschensinn!

Sur Vertiefung des in der Ausstellung Gezeigten finden abends besondere Vorträge statt. Am Mittwoch hatten sich im Saale des „Bochumer Voles“ die Bochumer zu einer großen

Öffentlichen Kundgebung.

recht zahlreich eingefunden. Nachdem der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Hebeling, die erschienenen begrüßt hatte, wurde der Abend vorwiegend durch einige prächtige Vorträge des Doppelquartetts „Friede und Recht“ unter Leitung seines Chefs, Herrn J. Hebeling, angefüllt. Daran ergab Dr. Hebeling das Wort zu seinem Vortrage „Was will die Bochumer Ausstellung.“ Der Friedensvertrag?

Der Friedensvertrag von Versailles hat die Preise sehr viel beschleunigt. Lange Berichte wurden veröffentlicht, zahllose Aufzählungen geschrieben. Jeder war der Meinung, daß die Welt durch diesen Vertrag in eine bessere Lage versetzt würde. Die Ausstellung soll nun in sachlicher Weise aufklären, wie unter Vermeidung einer jeglichen Parteilichkeit. Wir waren ein großes Volk, das durch dieses Streben und feine Arbeit eine mächtige Nation wurde. Wir waren stolz und konnten stolz darauf sein. Der Krieg kam, wir glaubten zu siegen. Wir stiegen und waren hoch begeistert. Dieses alles zeigt in klaren Statistiken und Bildern die Bochumer Ausstellung. Der Friedensvertrag eines jeden Deutschen. Die Ausstellung ist bis zum 27. Mai geöffnet, wird aber voraussichtlich auch noch bis zum 2. Juni verlängert. Die Ausstellungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Einem zweiten Vortrage hielt dann Herr Domblatter, Dr. v. d. Hagen, über das Thema: „Wer trägt die Schuld am Weltkriege?“ Wenn man heute die Weltkarte betrachtet, so kann man die Antwort geben, Frankreich hat den Kriegszustand nicht erreicht. Es heißt „Die Auflösung des Deutschen Reiches in seine Einzelstaaten“. Zur Erklärung dieses Wortes sucht es fortgesetzt nach neuen Formulierungen: Unterdrückung von Sanktionen, Einmarsch, Kriegserklärung. Durch und durch werden wir erfüllt sein, wenn der deutsche Staat auf den Weltkarten Deutschlands steht. Der 31. Mai ist wieder ein Sonntag, an dem Frankreich seine Gewalttätigkeit erproben wird. Gestern ist, den Termin aufzuschieben, so ist — Aufgeschoben immer noch nicht aufgehoben. Ein solches Spiel wird täglich mit dem Weltfrieden getrieben. Frankreich vergißt in seinem Haß, daß eine Verletzung Deutschlands unweigerlich den Weltfrieden auch über sich und die Welt bringt. In kurzer Weise hat England und Italien dieses schon längst eingesehen und auch Rußland. Deshalb kann es auch heute eine solche Sprache führen. Der moralische Grund zur

Die günstigen Aussichten des Ruhrrentwurfs.

Von Dr. jur. et phil. J. Smer, Syndikus des Ruhrvereins.

Geschichtliches.

Die ersten Anfänge der Ruhrrentwirtschaft gehen in das erste Jahrhundert zurück, doch gelang es Friedrich den Großen nach Erfindung der Kammermühlen eine schiffbare Verbindung von seinen Märkischen Besitzungen zum Rhein herzustellen. Im 18. Jahrhundert nahm der Frachtenverkehr auf der schiffbaren Ruhr einen beträchtlichen Aufschwung, daß ein Verkehr von Millionen von Tonnent Kohlen und sonstigen Erzeugnissen des Märkischen Gewerbestandes, namentlich Salz von Unna und Königsborn, die Ruhr hinabgeführt wurden. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts, im Jahre 1889, passierten die letzten Schiffe die Märkische Schleuse. Der Rückgang war dadurch entstanden, daß die Abmessungen der Schiffe von nur 150 Tonnent zu klein waren, ferner die Schiffsfahrtsstrecke veränderte und die Ruhrschiffahrtsgesellschaft in Höhe von 2 Millionen Thaler für den Ausbau des Ruhrorter Hafens und die Kanalisierung der Ruhr benutzt wurden. Heute man damals die zwei Millionen Thaler oder 6 Millionen Mark aufgebracht, dann wäre in den 60 Jahren wenigstens der Friedensrent der Ausfuhr in Höhe von 70 Millionen Mark vorhanden.

Die Beantwortung der Frage, ob die Ruhrrentwirtschaft auch wirtschaftlich ist, ergibt sich aus den nachfolgenden Ergebnissen über die Erträge. Es ist somit der Beweis erbracht, daß die Ruhr für neuzeitlichen Verkehr in technischer wie in wirtschaftlicher Beziehung völlig genügt. Die sonstigen Vorteile der Ruhrrentwirtschaft, die billigeren Frachten, bei den ständig steigenden Verkehrsspreisen, die Verbesserung des Warenverkehrs und der ständige Wagenmangel von 8000 Wagen täglich und mehr hat zur Folge, daß die Eisenbahn bald der billigeren Schiffsverkehrsmittel wegen zurücktreten muß. Ein weiterer Vorteil ist die Erhebung von 800 Millionen Tonnent Kohlenmengen durch das neue Ruhrberggesetz infolge der Verkopplung und Entgeltnung der bisherigen kleinen und unrentablen Grubenfelder an der mittleren Ruhr, für welche die westfälischen Bauern große Preise verlangten, durch das Oberbergamt Dortmund. Die Sachlage ist nämlich die, daß wir durch die monatlichen Lieferungen von 2 Millionen Tonnent an die Entente sowie durch den Abgang von 50 Tonnent von 60 in Obersteilen an die Polen und den Luxus nicht mehr gestalten können, die Kien- und Kohlenpreise an der Ruhr unabweisbar steigen zu lassen. Daneben hat besondere Vorteile die Ertragssteigerung, da diese durch die Ausgestaltung eines gleichmäßigen Durchflusses eine bessere Durchströmung des Flußlaufes bewirkt und durch Fortfall der Bänke und Wehre die Reinhaltung der Ruhr gefördert wird. Weiter kommt hinzu, daß durch die Einrichtung von beweglichen Wehren die Entstehung von Krankeisen, wie Typhus durch Stagnation der Wehre das Ruhrgebiet vor Ueberflutungen geschützt wird.

Ein weiterer Vorteil beim Ruhrrentwurf ist die Wasserkraftgewinnung, welche eine Höhe von 45 Millionen Kilowatt-Stunden erreicht, die

Stunde zu 25 Wp. statt 2 Wp. und mehr, so daß das Monopol der Elektrizitätswerke dauernd durchbrochen wird.

Durchprofile, Uferbefestigungen.

Die zwischen den alten Wehren vorhandene Fahrwasserbreite genügt für den Verkehr mit großen Fahrzeugen nicht, diese alten Bauwerke müssen daher entfernt werden und das dabei gewonnene Stetmaterial für die Befestigung von Uferstellen verwendet werden. Die nach Entfernung der Wehren weiter vorhandene natürliche Sohlenbreite des Flusses beläuft sich auf 35 Meter, die Wasserflughöhe auf 50 Meter, so daß große Wehrschiffe von 1700 Tonnent die Ruhr passieren können, ohne daß der zehntausende kostspielige Umschlagverkehr in Ruhrort nötig ist. Die Mindestwasserhöhe ist auf 4,5 Meter berechnet, da die großen Wehrschiffe einen Tiefgang von 4,5 Meter und einen Krümmungsradius von 500 Meter erfordern.

Lebessachen und Hafen.

Sur Vermittlung des Verkehrs sind Lebenssachen und Hafen in ausreichender Zahl eingerichtet, Gelegenheit zu deren Anlage bietet sich auf der ganzen Länge des Flusses. An den wichtigsten Verkehrspunkten, besonders bei den bedeutendsten Industriellen in Werken und bei den Städten, lassen sich ohne große Schwierigkeiten Umschlaganlagen mit Wehrschiffen herstellen. Die Hafen und Umschlaganlagen werden zweckgemäß so angelegt, daß die bei Hochwasser und Eisgefahr der Schiffahrt ausreichenden Schutz gewährt. Die Statistik der Hafen und Umschlaganlagen von 1921 hat bei 70 Umschlaganlagen an die Ruhrgemeinden und Industrien 64 Anmeldungen ergeben.

Die Baufkosten.

Auch die Frage der Baufkosten ist dadurch geregelt, daß der Anfangsbetrag von 12 Millionen Tonnent einen Betrag von 3 Millionen Mark bildet, die Wasserkraftgewinnung einen solchen von 7 Millionen Mark und eine Garantierleistung der Ruhrgemeinden einen solchen von 2 Millionen Mark, so daß bei dieser Summe von 12 Millionen Mark ein Betrag von 300 Millionen Mark bei billigen Staatskapital zu 4 Prozent gelöst werden kann. Außerdem gibt das Reich für bauliche Entwürfe einen Zuschuß von zwei Fünftel oder 200 Millionen Mark, so daß 500 Millionen Mark aufgebracht werden. Der schon erwähnte Friedensrentpreis war 70 Millionen Mark, man rechnet, daß in absehbarer Zeit mit einer Senkung der ausbleibend unsicheren Baufkosten auf das Schätzungsgebiet eintritt, — so daß die 400 Millionen Mark für den Ruhrrentwurf bereit sind. Es kommen ferner noch 80 Millionen Mark für die Entschädigung der Wasser- und Ertragsverluste an der Ruhr in Frage, so daß die 500 Millionen Mark ausreichen werden.

Im Gesamtresultat ist also der Ruhrrentwurf trotz aller gegenteiligen Ansichten als außerordentlich günstig zu bezeichnen, in dem Schlußfolgerung über „Die Wasserwirtschaft Deutschlands und ihre neuen Aufgaben“ ist der Ruhrrentwurf als einer der bemerkenswerten und ernst zu nehmenden Kanalpläne bezeichnet.

Revision des Verfallers Vertrages fehlt immer noch dem Volke gegenüber, das verstanden — immer noch goldene Berge erwartet. — Der Kampf gegen die Schuldfrage wird mit aller Energie geführt. Es wäre der Regierung ein Verstoß, den Beweis zu erbringen, wollte sie sich nur aufpassen, umfangreiches Material ist bereits gesammelt. Es beweist die Schuld Englands, Rußlands und Frankreichs am Kriege. Eine große Anzahl von Büchern sammeln noch heute neues Material. Der Volksbund „Rettet die Ehre“ mit seiner Zentralkasse in Bremen führte bisher in 9 Sprachen den Kampf in der ganzen Welt in der Auslieferungsfrage, in Sachen der Schwarzen Schmach, in der Gefangenfrage von Einzelpersonen, in der Wismarfrage. Jetzt gibt es den wichtigsten

Kampf zu führen im Deutschlands Ehre und Freiheit. Deutschlands Kriegsschuld ist eine große Sache. Die Ueberzeugung der Unschuld Deutschlands muß in alle Kreise dringen. — Unhaltender Weisheit lobte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Nach einigen Darstellungen des Doppelquartetts folgte dann noch eine Ansprache ein.

* Musikerepilog! Die Vorbereitungen für den Musikerepilog, dessen Ertragnisse zugunsten einer Verbesserung der Verhältnisse im Ruhrgebiet, welchen des Musikerepilog verwendet werden sollen, sind in vollem Gange. Die Ortsverbände des Deutschen Musikerverbandes, welcher diese Veranstaltung im Interesse seiner Mitglieder wie auch der

Zukunft der deutschen Musikpflege ins Leben rufen, sind bemüht, dem Publikum Leistungen darzubieten, die der kulturellen Bedeutung des Tages entsprechen, und hoffen auf einen erfolgreichen Verlauf. Wir verweisen im übrigen auf die bereits erfolgten Plakatausgaben und auf die am Samstag, den 20. d. M. in den Tageszeitungen erscheinende Ankündigung.

* Aus Marzeshagen. Außer dem zahlreichen Beisatz seitens der Mitglieder der Deutschen Volkspartei waren auch einige Mitglieder der Ortsgruppe erschienen. Nach den Begrüßungsworten des 1. Vorsitzenden, Herrn K. Smer, sprach Herr K. Smer, Marzeshagen, über die Konferenz in Genua, den Vertrag von Rapallo, ferner führte er in richtiger Weise seine Gedanken über die Jugendbewegung aus, in denen er die Jugend zur praktischen Mitarbeit aufforderte. Nach einer Aussprache schloß sich die Unterhaltung an. Die Sammlung für das Wanderverbundes des Wanderverbundesjugendausschusses ergab den Betrag von 260 Mk.

* Die neuen Ortsämter. Auf Grund der §§ 149/151 R.-O. hat das Oberverwaltungsamt Dortmund die Ortsämter im Bezirk des Verwaltungsamtes der Stadt Bochum für die Zeit vom 1. 8. 1922 bis 31. 12. 1925 wie folgt geändert: Für männliche Personen unter 16 Jahren 23 Mk., von 16—21 Jahren 33 Mk., über 21 Jahre 48 Mk.; für weibliche Personen unter 16 Jahren 18 Mk., von 16—21 Jahren 25 Mk., über 21 Jahre 33 Mk.

* Einschränkung des Handelsverkehrs. Auf Veranlassung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung ist von der Amtlichen Verteilungstelle für Kohlen in Essen angeordnet, daß ab 15. Mai d. Js. bis auf weiteres in Kohlen, Brennstoffen und Holz im Handelsverkehr nur bis zu zwei Dritteln der im Durchschnitt in den Monaten Oktober, November und Dezember 1921 abgegebenen Menge geliefert werden darf. Die verringerten Mengen sind in erster Linie den wichtigsten Verbrauchern zuzuführen.

* Arzneikasse. Die Apotheker sind berechtigt, seit dem 15. April 1922 folgende Preissteigerungen zu erheben: Für jede auf ärztliche Verordnung vom Apotheker zur Abgabe hergerichtete Arznei 3 Mk., in den besetzten Staatsgebieten des Reichs hingegen 3,40 Mk. für Arzneimittel oder Urzelen, die in abgabefertiger Packung aus dem Handel bezogen und in dieser Packung abgegeben werden, für jede Packung 2 Mk.

* Gegen den Reichsmarkbrief. Die Gebühr für einen Auslandsbrief war im Entwurf des Reichspostministeriums mit 6 Mk. angesetzt, wurde aber mit Bewilligung eines Teils des Verkehrsbezugs auf 8 Mk. erhöht. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes wendet sich jetzt dagegen in einer Eingabe an den Reichspostminister, den Reichsrat und den preussischen Handelsminister. Die Post habe selbst zugegeben, daß die Vornahme von den Auslandsbriefen mit 6 Mk. nicht ungünstig sei. Es wäre auch bereits eine Ermäßigung der Gebühren im Paket-, Telegramm- und Fernsprecheverkehr mit dem Ausland von 66 auf 50 Mk. für den Goldfranken möglich gewesen. Für den Außenhandel dürfe der Briefverkehr nicht erschwert werden. Eine einseitige Vorerhöhung des Auslandsbriefverkehrs sei sachlich nicht zu rechtfertigen und verkehrspolitisch verfehlt.

* Wo steht der Kriegsbefehlshaber einen Antrag auf Heilbehandlung? Das Reichsverordnungs-gesetz gewährt den verwundeten und kriegsbeschädigten Heilbehandlung. Diese umfasst ärztliche Behandlung, Versorgung mit Arznei und anderen Hilfsmitteln, sowie Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln. Auch kann Kur und Berpflegung in einer Heilanstalt oder in einem Baderort gewährt werden. Kassenmitglieder heißen den Antrag auf Heilbehandlung bei ihrer Kasse. Nicht-Kassenmitglieder heißen ihn bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, falls eine solche nicht vorhanden ist, bei der Landkrankenkasse. Der Antrag auf eine Baderkur oder eine Heilanstaltsbehandlung ist beim zuständigen Versorgungsamt zu stellen. Orthopädische Hilfsmittel sind beim Versorgungsamt oder an Orten, wo orthopädische Beschaffungen hergestellt eingerichtet sind, bei diesen zu beantragen. In Zweifelsfällen verfaßt aber kein Kriegsbefehlshaber.

Die blaue Spur.

Detectivroman von Julius Regis.
Aus dem Schwebelischen überf. von E. v. Kraak.
Copyright 1917 by Grottel & Co., G. m. b. H., Leipzig.
11)

Das Gesicht des Berichterstatters nahm einen so eigenartigen Ausdruck an, daß Pauline sich nicht mehr zu halten. Die beiden blühten sich an. „Er ging hin und ließ sich fotografieren“, wiederholte Wallton mechanisch. „Dabei griff er wieder nach dem Papierstreifen und studierte ihn von neuem. In seinem Kopf lagten sich die Gedanken: graphische Schöpfung — wissenschaftliche Versuche — ein mühsames Experiment — eine Niederlage — der Doktor schließt sich ein und fängt wieder von vorn an. — „Seit wann wurde der Fingerring endgültig verschlossen?“ fragte er nachdenklich.

„Mitte März.“
„Das Datum wissen Sie nicht?“
„Nein. Der doch vielleicht — ich erinnere mich, daß ich an einem Montag Vormittag hier in der Bibliothek mit Papa zusammen saß, als die Telefonklingel schellte. Papa, der an dem Tage sehr nervös war, ging selbst ans Telefon, und dann — nach einem kurzen Stillstehen — rief er mit einer furchtbaren Stimme, die mich schaukeln machte: „Ach! So weit ist es also jetzt gekommen!“ Als ich ihn ansah, war sein Gesicht ganz weiß und starr. Er lautete wieder und dann sagte er: „Es ist eine gefährliche Sache, aber ich bin dazu bereit.“ Und nach einer Weile sagte er noch: „Kein Mensch darf es wissen“, und zum Schluß: „Den richtigen Zeitpunkt müssen wir dann noch festlegen.“

Wallton hörte mit gespanntester Aufmerksamkeit zu. „Und das war das ganze Gespräch?“ fragte er, als das junge Mädchen schwie. „Ja. Nachher fuhr Papa in einem Auto nach der Stadt, und abends kamen eine Menge Briefe und Karten, die nach diesem Fingerring getragen wurden, und seitdem blieben diese Studien mit verschlossen.“

„Und damals sagte der Doktor, daß er eine große wissenschaftliche Arbeit vorhatte?“
„Ja.“

„Und Sie sagen, es sei an einem Montag gewesen?“
„Ja, denn ich erinnere mich genau, daß Papa und ich am Sonntag — also am Tage zuvor — nach Salsbäde gefahren waren und dort zu Mittag gegessen hatten. Das war das letzte Mal, daß ich Papa ganz für mich allein hatte.“

Wallton zog die drei anderen Papiere mit Stillschritten heran. Auch diese waren mit Stillschritten versehen. Eins war der 28. März. Er schlug in seinem Taschenbuchkalender nach.

„Wissen Sie nicht, ob es Montag der 18. oder Montag der 23. war? Einer von beiden muß es ja gewesen sein.“

Das junge Mädchen warf einen Blick auf den Kalender. „Es war der 23., erklärte sie mit Bestimmtheit. „Denn ein paar Tage darauf war Maria Verlobung, darauf befinne ich mich noch.“

Wallton bezeugte das Datum. Die beiden übrigen Stillschritten wiesen die Daten 30. 4. und 20. 5. auf. Das Gerücht an der Tür stammte vom Morgen des 25. 5. Diese Daten deckten einander also gut.

„Seit dem 23. März war für Vater also ein Entschluß mit ganz veränderten Gewohnheiten“, sagte der Berichterstatter diese Ergebnisse zusammen. „Aus der Zeit haben Sie schon allerlei erzählt. Bestimmen Sie sich vielleicht noch auf andere Vorfälle von Bedeutung aus jenen Monaten?“

Doch als er bemerkte, daß ihre Lippen zu zittern begannen, setzte er rasch hinzu: „Niedrigstgenannt das, was ich schon vorher vorläufig. Jetzt werde ich mir die Sachverhalte noch einmal ansehen.“

Mit diesen Worten verließ er hastig das Zimmer. Draußen im Garten machte er ein langes Gesicht, denn die Worte war sein äußerlich von allen blauen Spuren befreit. Nur noch ein paar kaum sichtbare Striche waren zu entdecken. Während er in Gedanken verloren da stand, erkante eine Stimme hinter ihm:

„Ja, ja, da stehen Sie und spinnen meterhohe Theorien. Ich kann Ihnen aber sagen, daß wir ihn bald haben werden.“

Es war der Detektiv Gertin, der gerade zurückerkehrte.

„Wen?“ fragte der Journalist.
„Wen?“ höhnte der kleine Mann. „Wen anders als den Mörder des Doktor Heilmann?“
„Wahrscheinlich Sie kein so verdammtes Geschrei!“ sagte Wallton, indem er dem anderen zuleute ging. „Denken Sie an das Schicksal der beiden!“
„Ich tue meine Pflicht“, entgegnete der Detektiv mit ruhigen Worten. „Ich bin dem Mörder auf der Spur, — dem Mörder, verstehen Sie wohl! Aber was Sie hier machen, weiß der Hund!“

Maurice Wallton blinnte ihn durchdringend an, und die roten Augen begannen zu blinzeln. Dann drehte er ihm den Rücken und ging hinein.

Maurice Wallton schlummerte — d. h. es lag aus, als ob er schlummerte — in einem bequemen Sessel in der Bibliothek und seine Sigarette lag wie in seiner Hand herabhängend. In der Wirklichkeit stellte er folgende Betrachtungen an:

„Ich glaube nicht, daß der andere Mann das, was er nach dem Mord suchte und was ihn verfolgte, gefunden hat. Es wird sich wahrscheinlich noch hier im Hause befinden. Auch ich habe es nicht gefunden. Es würde mir wohl gelingen, wenn ich vernünftig zu Werke ginge, an verdächtigen Stellen hinter die Wand machte, die Wände aufreißte usw. Aber das tue ich nicht. Ich las ausfindig mache, wo es ist, will ich wissen, was es ist.“

Überdies kann es sein, daß der Diener es weiß — aber nein, das wird nicht, nur eine andere Sache wird er wissen: er wird wissen, wer es raten, wer der andere Mann ist! Es würde mich nicht wundern, wenn dieser andere sich noch im Wohnzimmer befunden hätte, als der Diener durchs Fenster hereinstrich.“

Die Telefonklingel ertönte. Wallton schlug die Augen auf und griff nach dem Hörer.

„Hallo!“ sagte er.

Es klang leise ein Apparat, und dann sagte eine Stimme vorstellig:

„Wer ist da?“

„Biting 1815“, erwiderte der Journalist.

„Wer war?“ fragte die fremde Stimme fast heftig. „Ach, ich kann es mir denken, es wird Maurice Wallton sein.“

„Zu Diensten!“ erwiderte Wallton überflüssig. „Es wurde wieder still.“

Einblick führte die Stimme fort: „Herr Wallton, lassen Sie uns acht Tage lang ungestört arbeiten, dann sollen Sie die Wahrheit erfahren — von uns, die wir Sie kennen.“

Der Detektiv hörte seine Sigarette weg, nahm einen Briefschreiber und schiederte ihn gegen die Tür.

„Und wer sind Sie?“ fragte er gefasst.

„Wir arbeiten namenlos“, sagte die Stimme. „Jetzt kam Detektiv Gertin herein.“

„Was ist?“ begann er.

Wallton hielt warnend den Finger in die Höhe.

„Auf eine solche Bedingung gehe ich nicht ein.“

„Dann kann es gefährlich für Sie werden“, sagte die Stimme.

Wallton legte den Hörer weg und sagte hastig zu dem Beamten:

„Geben Sie nach der nächsten Telefonzelle, klingeln Sie die Zentrale an und bringen Sie in Erfahrung, wer heute an Abding 1815 telefoniert hat. Es ist außerordentlich wichtig für die Untersuchung.“

Der Detektiv schien die Sache zu begreifen, denn er verstand, ohne ein Wort zu sagen, worauf Wallton weiter telefonierte:

„Sie bestreben zu drohen, meine Güte! Denn ich höre, daß ich mich mit einer Dame unterhalte, nicht wahr?“

„Nun, und wenn auch!“ entgegnete die Stimme. „Bedenken Sie, daß nichts uns hindern wird, das, was wir suchen, an uns zu bringen. Nicht einmal Sie!“

„So?“ erwiderte der Journalist. „Sie suchen also nach dem — Papier?“

„Das Papier gehört uns!“ rief die Stimme tollend. „Woh! Ich höre Sie bei, wenn Sie es haben!“

„Danke“, sagte Wallton. „Sie sind wohl ganz richtig aus dem Ausland gekommen? Für das zauberhafte Moment vertritt Sie.“

„Geben Sie sich keine Mühe“, fuhr die Stimme fort. „Uns stehen Mittel zur Verfügung, die Ihnen fehlen.“

„Auf der Spur“, parierte Wallton kalt.

(Fortsetzung folgt.)

Heute morgen 1/10 Uhr entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber, guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr

Johannes Deisenroth

im Alter von 56 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bochum, Ransbach, Lengers, Heinebach, Phillipsthal, Kassel und Spandau, den 17. Mai 1922.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 20. Mai, nachmittags 1/4 Uhr vom Trauerhause Hiltropstr. 3 aus statt.

Statt besonderer Anzeige!

Nach kurzem schwerem Leiden verschied in der Nacht vom 17. zum 18. Mai mein innigstgeliebter Mann, unser unvergesslicher, guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Kaufmann Moritz Spiegel

im 51. Lebensjahre.

Im tiefsten Schmerz:

Frau Selma Spiegel geb. Halle
Richard Spiegel
Ernst Spiegel
Gerda Spiegel.

Bochum, New-York, Duisburg, den 18. Mai 1922.

Die Beerdigung findet Montag, den 22. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Augusta-Krankenhaus aus statt. Kranzspenden im Sinne des Verstorbenen dankend verboten.

Nach kurzem schwerem Leiden verschied unser allverehrter Chef

Herr

Moritz Spiegel

Tiefbewegt stehen wir an der Bahre dieses Mannes, der uns durch seine unermüdete Schaffenskraft und seine Pflichttreue stets ein leuchtendes Vorbild gewesen ist. Sein schlichtes Wesen und sein Wohlwollen haben ihm allseitige Achtung und Beliebtheit verschafft.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Das Personal der Firma
Hermann Buschhoff.

Am 18. Mai verschied nach kurzem schwerem Leiden unser Vorstandsmitglied

Herr Kaufmann

Moritz Spiegel

Die vornehme Lebensauffassung, die ihn beseelte, seine unbedingte Hingabe an das, was er als seine Pflicht betrachtete, seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen auf allen Gebieten des kaufmännischen Lebens, machten ihn zu einem besonders wertvollen Mitglied unserer Gemeinschaft.

Wir werden sein Andenken stets hochhalten.

Vereinigte Kaufmannschaft e.V.
Bochum.

Kohlen u. Koks

für Industrie und Hausbrand liefert pünktlichst

Bochumer Kohlen-Kontor

Humboldtstraße 55. — Telefon-Nr. 3517—3518.

8102

Statt besonderer Anzeige.

Gestern Abend entschlief sanft nach kurzem Leiden mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, Schwiegervater und Großvater, der Rentner

Johannes Priess

im 79. Jahre seines arbeitsreichen Lebens.

Lisette Prieß, geb. Borgmann
Dr. Adolf Prieß, Rechtsanwalt
Dr. Paul Prieß, Beigeordneter
Elisabeth Mattenklodt, geb. Prieß
Hilde Prieß, geb. Stibane
Luise Prieß, geb. Maiweg
Karl Mattenklodt, Rechtsanwalt
und vier Enkelkinder

Langendreer, Essen, Bielefeld, Bochum, den 17. Mai 1922.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 20. d. Mts., nachm. 4 Uhr vom Trauerhause, Kaiserstr. 165, aus statt. Trauerfeier 1/2 Stunde vorher im Hause.

Nachruf.

In der Nacht vom 16. auf den 17. ds. Mts. verschied plötzlich und unerwartet unser langjähriges treues Vorstandsmitglied und II. Vorsitzende

Frau Rektor Rischen

Die Verstorbene, als Mitbegründerin des hiesigen Ortsvereins, hat sich große Verdienste um unseren Verein erworben. — Wo es galt, die Not zu heben, hat sie keine Mühe und Zeit gescheut; sie hatte stets für die leidende Menschheit eine offene Hand und herzige Worte. 11844

Das Andenken an die liebe Verstorbene werden wir stets in ehren-dem Andenken halten.

Der Vorstand des Vaterländischen Frauen-Vereins zu Werne.

Die Vorsitzende:

Frau Borgassessor Schulze-Vellinghausen.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. ds. Mts. nachm. 3 1/2 Uhr vom Sierbe-hause, Wilhelmstraße Nr. 10 aus statt.

Nachruf.

Am 16. d. Mts. verstarb der Fürsorgepfleger im 18. Fürsorgebezirk

Herr Hermann Bartling.

Ueber 17 Jahre hat der Verstorbene mit großer Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit das ihm übertragene Ehrenamt ausgeübt. Die städt. Wohlfahrtsverwaltung verliert in ihm einen treuen Mitarbeiter, der sich stets mit väterlicher Fürsorge und in aufopfernder Weise des Wohles der ihm anvertrauten Hilfsbedürftigen annahm.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Bochum, den 18. Mai 1922.

Die Wohlfahrtsverwaltung.

Tragen Sie

nur Merz's Naturhaar-Zöpfe und Haarerfag

Enormes Auswahl. Billige Preise. Tüchchen beim Einkauf in tagelangen Rabatten gratis.

Frau Merz :: Hochstraße 20.

Hohlschleiferei und Reparatur-Werkstatt

für Rasier-, Masch., Brot- u. Taschenmesser, Scheren, Beile, Klinge etc. Lieferz. nur 24 Std. Solinger Stahlwarenhaus Fred Bernards, Friedr. Str. 28, Tel. 483. Eingang zur Freiheit nur von der Adomas-straße aus.

Gottesdienst d. Synagoge

Freitag Abend 7 Uhr.
Samstag Morgen 9 Uhr.
Samstag Abend 8 Uhr.

Familien-Nachrichten

Geboren: Ein Mädchen.

Benno von Gumpert.

Denk, Ernst von Wibi.

Kreisblum.

Verheiratet: Hans Deger.

mit Maria Sommer.

Maria Slang, Bochum.

Dr. med. Joh. Metting.

mit Maria Wille Rapp.

Bochum, Quers 200 mit

Frankfurt a. M. mit

Ulrich Grundmann mit

Beni Wermer, Köln. Willi

Sagen mit Maria Radeel.

Gutachten Dr. med. Josef

Singen mit Paula Döel.

Wulheim-Hub.

Geboren: Heinrich

Gadenberg, 77 J. Bochum.

Karl Wille, 19 J. Bochum.

Wilhelm Sannelsen, 46 J.

Gelsen. Frau Wintona Ver-

ers geb. Gerke, 36 J. B.

Adin, Werrud Philipp, 22 J.

3. Ehen. Renner

Wilhelm Bierhaus, 72 J.

Hörsel.

Der Branddirektor.

Beachtungsmaßnahme.

Wegen Lieferungen a

und die Gollfelder

Strasse in Bochum von

der Gollfelder Strasse bis zur

Volters Strasse bis

auf weiteres für den

durchgehenden Automo-

bil-, Fuß- und Rad-

verkehr freigegeben ge-

heert.

Anfahrt: Seitenstrasse

Gollfelder Strasse und

Gollfelder Strasse.

Bochum, 16. Mai 1922.

Der Polizei-Direktor.

Beachtungsmaßnahme.

Nachdem die Wand-

und Kleinfenster unter

dem Vorhandensein des

Guthehlers Wilhelm

Schulte in Kleinfen-

stern in Querenburg

erfolgreich ist und die

vorgetriebene Desin-

fection der Gollfelder

um, fertiggestellt hat

beide ich meine viel-

jährige Tätigkeit in der

Bochum, 17. Mai 1922.

Der F. Landrat:

Stühmeyer.

Freiwillige

Am Sonntag, den

20. Mai 1922, vormittags

von 7-12 Uhr wird an

der Freiheit im hiesi-

gen Schützenhaus min-

derzeitiges Kind- und

Schützenhaus an jeder-

mann verkauft.

Eingang zur Freiheit

nur von der Adomas-

straße aus.

Die Schützenleitung.

Ihre Vermählung

zeigen an

Dr. med. Joh. Metting

Marie Luise Metting

geb. Kaup.

Bochum, Mai 1922.

Alleestraße 8.

Die Firma Maschinenfabrik Gebr. Wän-ninghoff & Co. m. b. H. in Bochum beabsichtigt, auf ihrem Fabrikgrundstück in der Gemarkung Bochum-Biemelshausen ein Sammerwerk zu errichten.

Dieses Vorhaben wird gemäß § 17 der Gewerbeordnung mit der Aufforderung bekannt gemacht, Einwendungen nicht privatrechtlicher Natur binnen 14 Tagen bei der unterzeichneten Behörde schriftlich in 2 Exemplaren oder mündlich zur Niederschrift anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Die Beschreibung und Zeichnungen liegen im Zimmer 16 des städt. Verwaltungsgebäudes & Wälfertstr. Nr. 14 b, Eingang B. 1. Obergeschoss zur Einsicht offen.

Für mündlichen Verhandlung der rechtsseitig erhobenen Einwendungen ist Termin auf Mittwoch, den 7. Juni 1922, vorm. 11 Uhr im Zimmer 57 des Rathhaus-Anbaues an der Mühlentstraße hierfür anberaumt, mit dem Bemerkten, daß im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden ohne Rücksicht hierauf Erörterung der Einwendungen erfolgen wird.

Bochum, den 15. Mai 1922.

Die Stadtvollziehungs-Verwaltung.

Gemeinde Eickel.

Steuermahnung.

Die nach dem 16. Februar 1922 fällig gewordenen und für das Rechnungsjahr 1921 rückständig gebliebenen Gemeindesteuern (Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Hundesteuern), Mülle- und Kanalgebühren, Kirchensteuern, Wohnungsbauabgaben und Beiträge zu der Berufsschule sowie die noch nicht gezahlten Unterabgabebeträge für April und Mai 1922 werden hierdurch mit dreitägiger Zahlungsrücklage angemahnt.

Die nach dem 22. d. Mts. verbleibenden Rückstände werden ohne weitere Aufforderung im Verwaltungsverfahren eingezogen. Für diese Mahnung sind die im neuen Tax zur Veranlassung über das Verwaltungs-zwangsverfahren festgesetzten Gebühren zu entrichten. 11 866

Eickel, den 17. Mai 1922.

Die Gemeindekasse

als Vollstreckungsbehörde.

Wenn Sie sich neu einrichten

Ihr Heim vergrößern oder verkleinern wollen

so stellen Sie bitte meiner Ausstellung funktionsverf. Gebrauch- und Dekorationsgegenstände einen zwanglosen Besuch ab

A. Homborg

Bochum, Hochstraße 2



Eisen und Metalle

und Felle

kauft zu den höchsten Tagespreisen

Levy Nachfolger, Bahnhofstr. 13 Tel. 2094

Zuschneide- u. Näh-Kursus

auch tageweise

Frau E. Krenz, Humboldtstr. 11 Eingang Schillerstraße

Hervorragende Neuheiten in gerahmten Bildern

aller Art. Farbige Kupferdrucke, Radierungen und Lithochromen. Spezialität: Schlafzimmerbilder

In vornehmer und stilgerechter Einrahmung. Reichste Auswahl und billigste Preise. Neuheiten in Kunstblättern.

Mummeltheische Zentralbuchhandlung Bochum, Obere Marktstraße 31, Telefon 388.



Schaumpon mit schmelzender Kopf. Das Beste zur Haarpflege in allen einschlägigen Geschäften.

Rat u. Hilfe

bei Vaterschaftssachen, Zivil- u. Strafprozessen, Ermittlungen, Beobachtungen od. sonstige inter-nale Angelegenheiten sowie schnellste Hilfe.

Ehescheidung

in vornehmster Form, evtl. ohne persönliche Bloßstellung, Erteilung sämtlicher Geschäfts- und Privat-

Auskünfte

bes. bei Verlobung, Heirat, über Verloben, Ruf, Charakter, Milgitt, usw. auf allen in- u. ausl. Plätzen durch die

Detektiv-

Auskünfte, Metus

8224 Dortmund,

Westenhellweg 13, Tel. 3771

Durch große dauernde

Erfolge fast ausschließlich

auf Empfehlung tätig. Be-

sprechung kostenlos. Gar-

antie für größtmögliche

Zuverlässigkeit u. Diskret

etät.

Ob die Schwie-

gerne geteilt sein

zu erfüllen, ersch-

werfungen und

von Moskau in

weil ich nicht

begeht, ist eigent-

falls nur die ein-

genannte Kältefor-

wegs als Ausflus-

traget werden,

Amerikaner als

an Verhandlungen

händen den Besch-

weil ich nicht

der Taktiken für

adamenten Erb-

Die G

Genua, 19. M

die letzte Hoffn

rets von Karle

Saal ist schon

zufahren gefül

Kurz vor 9 U

Dr. Wirth und

Saal; ihnen h

deutschen Abord

grüßungsansprach

Lord George.

Zur Verleir

nimmt der Ver

don, Corat,

die augenblickl

Pro

Don einer berar

daß sie die M

lutionen" gefäl

hören Indus

benzähig sein

senhafte und w

teigert. Die B

zur Heilung se

glaubt, auf de

Landwirtschaft

Neue Schita

Rhe

Don unferem

Die Boischaf

hagen bereitwil

soße Bünde n

ohnein schon

Id'n hinaus

ein neue Sch

rafen. Sie

run g die Mit

Erbschaftsre